

DER AKTUELLE ZUSTAND DER MEDIEN IN DER UKRAINE

Juri Durkot

Die Pressefreiheit ist heute möglicherweise die einzige sichtbare Veränderung, die nach der «orangenen Revolution» geblieben ist. Freie, unabhängige und objektive Berichterstattung und Abschaffung der Zensur gehörten zu den Hauptforderungen der Demonstranten im November und Dezember 2004. Die «Medienrevolution» hat in diesen kalten Herbsttagen begonnen, als viele Journalisten sich geweigert haben, den Weisungen der Zensur zu folgen, und zu den journalistischen Standards zurückgefunden haben. Die Optimisten wie Andrij Schewtschenko, Vorsitzender des Medienausschusses im ukrainischen Parlament und damals einer der brilliantesten Redakteure bei Kanal 5, sprechen sogar von der «Wiedergeburt eines bereits tot geglaubten Berufes». Doch hat eine Revolution auch in den Köpfen der Journalisten stattgefunden? Die heutige Situation spricht eher dagegen.

Die «orangene Revolution» hat der Zensur ein Ende gesetzt. Doch diese Tatsache allein reicht nicht, um die ukrainischen Medien als frei zu bezeichnen. Zur Pressefreiheit gehört viel mehr, und die Journalisten haben bewiesen, dass sie bisher dieser Herausforderung gewachsen waren. Nach 2004 sind die wichtigen nationalen Medien um eine objektive und ausgewogene Berichterstattung bemüht. In den meisten Fällen gelingt dies, dazu haben mit Sicherheit das gestiegene professionelle Bewusstsein und die größere Selbstachtung beigetragen. Die Medien haben viele Skandale in der Zeit der ersten beiden orangenen Regierungen aufgedeckt und damit letztendlich zur Demontage der orangenen Mannschaft beigetragen. War das ein Fehler oder vielleicht sogar die Schuld der Journalisten? Keinesfalls. Wenn man überhaupt von Versäumnissen sprechen kann, dann muss man feststellen, dass heute die Berichterstattung wieder unkritischer geworden ist.

In einigen Redaktionen haben sich die Journalisten zum Ziel gesetzt, Redaktionsstatuten auszuarbeiten. Dabei hat die noch 2003 gegründete Unabhängige Mediengewerkschaft Hilfe geleistet. Die Vorreiterrolle hatte «Lwiwska Gazeta» aus Lemberg übernommen, die im Februar 2006 mit dem Verleger einen Vertrag unterzeichnet hatte. Weitere regionale Zeitungen folgten. Die Redaktionsstatuten und Verträge mit den Verlegern, in denen die Grundsätze der journalistischen Arbeit und der Redaktionspolitik festgelegt werden, bleiben allerdings nach wie vor eher die Ausnahme in der Ukraine.

Zu den wichtigen Erfolgen gehört auch die wiedergewonnene Solidarität der Journalisten. Als im August 2006 ein Abgeordneter der Partei der Regionen ein Fernsehteam angegriffen, die Journalistin geschlagen und die Kassette weggenommen hatte, brach in der Journalistengemeinschaft eine regelrechte Empörung aus. Über Tausend Journalisten haben einen offenen Brief unterzeichnet mit der Forderung, diesen Abgeordneten zur Verantwortung zu ziehen. Die Partei sah sich gezwungen, zu reagieren. Allerdings war es eine Reaktion, die in erster Linie öffentlichkeitswirksam sein sollte – der Abgeordnete wurde nicht wie zunächst angekündigt aus der Fraktion ausgeschlossen, sondern bekam nur eine Rüge. Die eingeleiteten Ermittlungen wegen Behinderung der Journalisten bei der Arbeit sind im Sande verlaufen. Mittlerweile versucht der Mann sogar, den Vorfall zu bestreiten.

Dieser Fall zeugt davon, dass der Einfluss der Medien immer noch relativ gering bleibt. Auch die Aufdeckung zahlreicher Skandale und Korruptionsaffären im ersten Jahr nach der Revolution hatten zunächst keine Konsequenzen für die betroffenen Politiker. Diese sind nicht zurückgetreten und wurden nicht entlassen, sondern sind in ihren Ämtern geblieben wie zum Beispiel der damalige Justizminister, der unwahre Angaben über seinen Bildungsweg gemacht hat und der Lüge überführt wurde. Der fehlende Einfluss der Medien hängt mit dem immer noch zu schwachen öffentlichen Druck und mangelnden Möglichkeit zu dessen Umsetzung zusammen.

Trotz der sichtbaren Verbesserung im Medienbereich kann man die Situation nicht als unproblematisch bezeichnen. Die Liste der Versäumnisse ist lang genug. Der Fall Gongadse ist bis heute unaufgeklärt geblieben, der Europarat hat dies sogar als größte Enttäuschung nach der Revolution bezeichnet. Zwar wurden die mutmaßlichen Täter schon wenige Wochen nach dem Amtsantritt von Präsident Juschtschenko gefasst, ein Gerichtsprozess lief an. Doch von den Hintermännern und Auftraggebern fehlt jede Spur, und viele Beobachter gehen davon aus, dass sie nie zur Verantwortung gezogen werden.

Die Einführung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist gescheitert. Dies war die zentrale Forderung der bisher ausgebliebenen Reformen, deren Motor unter anderen auch Andrij Schewtschenko war. Zunächst schien dieses Projekt genug politische Unterstützung zu haben. Doch mit der Zeit wurde klar, dass viele Politiker aus dem «orangenen» Lager und die Präsidentenberater für das weitere Bestehen des staatlichen Fernsehens sind – ihm Wahlkampf als Gegengewicht zu den privaten Sendern, die mehrheitlich den potenten Wirtschaftsgruppen aus dem Osten des Landes gehören. Diese kurzsichtige Politik hat dazu geführt, dass der richtige

Moment für die Reform verpasst wurde. Die Chancen für die Etablierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind heute praktisch bei Null angelangt, das Thema steht nicht mehr auf der politischen Tagesordnung, vor den nächsten Parlamentswahlen wird hier mit Sicherheit nichts mehr passieren.

Dies bedeutet zwar nicht, dass die Medienlandschaft nicht pluralistisch ist. Sogar am Ende der Kutschma-Zeit, als die Zensur ziemlich offen ausgeübt wurde, ist es dem Regime nicht gelungen, die Medien gleichzuschalten. Das Internet ist immer eine Insel der Freiheit geblieben, auch einige Printmedien konnten nicht mundtot gemacht werden, und der Fernsehsender Kanal 5 hat mit seinen Live-Sendungen vom Majdan Geschichte geschrieben. Heute wird der ukrainische Fernsehmarkt durch einen «erzwungenen Pluralismus» (ursprünglich bezieht sich dieser Ausdruck des US-amerikanischen Forschers Lucan Way, dessen Forschungen über die postsowjetische Staaten der ukrainische Publizist Mykola Rjabtschuk weiter entwickelt, auf den Zustand der ukrainischen Gesellschaft nach dem Zerfall der Sowjetunion) gekennzeichnet, wo vielleicht jeder private Sender nicht absolut objektiv und ausgewogen ist. Dadurch, dass die Sender verschiedenen Eigentümern gehören, entsteht eine gewisse Vielfalt. Insgesamt gab es nur kleine strukturelle Veränderungen in diesem Bereich nach 2004, und die Präsenz des westlichen Kapitals in der Medienbranche bleibt gering (außer den Beteiligungen der Holtzbrink-Gruppe und Orkla-Media soll noch vielleicht der geplante Einstieg der WAZ-Gruppe erwähnt werden). Mehr westliches Kapital wäre wünschenswert, obwohl es die Probleme der ukrainischen Medien nicht lösen würde.

Wesentlich größer sind die Probleme der regionalen Medien. Es gibt zwei Zentren der freien Presse mit Tradition – Kiew und Lemberg, in anderen Regionen ist die Situation wesentlich schwieriger. So haben Donezker Journalisten Mitte 2005 die allgemeine Diskussion über die Fortschritte im Bereich der Medien mit großer Skepsis verfolgt – in dieser Region hat sich die Situation kaum verändert. Die regionalen Medien haben zudem ein großes strukturelles Problem. Immer noch werden zahlreiche regionale und lokale Zeitungen und diverse Kreisblätter durch Behörden herausgegeben und mitfinanziert. Es stellt sich nicht nur das Problem der Unabhängigkeit für diese Zeitungen, sie verzerren zudem den Wettbewerb. Dass der politische Wille allein oft nicht ausreicht, um das Problem zu lösen, zeigt das Beispiel der westukrainischen Region Iwano-Frankiwsch – als der neue Gouverneur 2005 die regionalen Medien in die Unabhängigkeit entlassen wollte, waren die Chefredakteure zunächst dagegen. Die Abhängigkeit der Journalisten in den Regionen von ihrem Arbeitgeber ist in der Regel größer. Sie wird verschärft durch das Problem der «grauen» Gehälter, ein Thema, worüber man

in der Ukraine nicht besonders gerne spricht. Zwar gehören die Journalisten zu den Besserverdienern im Vergleich zu anderen Berufen, aber der große Teil der Gehälter (die Ausnahme bilden nur große nationale Fernsehsender und einige Zeitungen) wird «inoffiziell» im Briefumschlag gezahlt.

Die Verbesserungen in den letzten Jahren in punkto Pressefreiheit sind zwar nicht zu übersehen, aber sie sind immer noch nicht unumkehrbar. Die ukrainischen Medien sind keinesfalls über den Berg, der Zustand der Pressefreiheit ist ziemlich labil. Im Moment gibt es zwar keine direkte Gefahr für die Medienfreiheit, aber die Situation wird sich unter Regierung Janukowytsch in den nächsten Monaten eher verschlechtern. Die zukünftige Entwicklung wird zeigen, ob die ukrainischen Journalisten diesen schleichenden Gefahren gewachsen sind.

© Durkot 2007

Juri Durkot (Lviv)

Journalist, Publizist, TV-Produzent (u.a. für einige ARD-Anstalten in Deutschland), arbeitet auch als literarischer Übersetzer (Suhrkamp-Verlag).